

# Stadt Bitterfeld-Wolfen

Der Oberbürgermeister



## Pressemitteilung

20.03.2020, 14:00 Uhr

### Corona-Virus:

### Stadt Bitterfeld-Wolfen kämpft gemeinsam mit anderen Kommunen um einheitliche Verfahrensweise bei den Kita-Beiträgen

Aufgrund des aktuell grassierenden neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 hat das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt am 15.03.2020 die landesweite Schließung von Gemeinschaftseinrichtungen, darunter auch der Kindertageseinrichtungen, veranlasst. Infolge dessen sind seit dem 16.03.2020 auch alle Kindertageseinrichtungen in der Stadt Bitterfeld-Wolfen geschlossen.

Aufgrund der am 17.03.2020 von der Landesregierung erlassenen SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung sind zudem viele Unternehmen seit dem 18.03.2020 von Schließungen betroffen.

Diese Maßnahmen sind zur Unterbrechung der Infektionsketten des Virus unverzichtbar. Sie haben allerdings unmittelbare und mitunter erhebliche Auswirkungen auf die Eltern, die ihre Kinder in den Kindertageseinrichtungen betreuen lassen. Viele Familien werden finanzielle Einschnitte hinnehmen müssen.

Die Oberbürgermeister und Bürgermeister des Landkreises Anhalt-Bitterfeld fordern vom Land eine unverzügliche Lösung zur Erstattung der Kitabeiträge für Eltern, deren Kinder auf Grund des Erlasses des Sozial- und Gesundheitsministerium nicht mehr in den Kitas und Horten betreut werden dürfen. Die betroffenen Eltern erwarten aus Sicht der Bürgermeister zu Recht, dass hier eine sozialverträgliche Lösung geschaffen wird. Das Land Sachsen-Anhalt ist hier in der Pflicht schnell und unkompliziert eine Lösung für die Eltern zu schaffen.

Ein Aussetzen von Gebühren, wie es einzelne Gemeinden derzeit praktizieren, verschiebt die Problemlage der Eltern nur. Den Eltern jetzt die Kitagebühren auszusetzen und in wenigen Monaten dann doppelt zu belasten, kann nicht das Ziel sein.

Die Oberbürgermeister und Bürgermeister haben den Landrat Uwe Schulze eindringlich aufgefordert, in der Telefonkonferenz der Landräte mit der Landesregierung dieses Problem zu thematisieren und die Sozialministerin Petra Grimm-Benne aufzufordern, für die Erstattung der Kitagebühren eine unverzügliche Antwort zu geben.

**Hausadresse:**  
Stadt Bitterfeld-Wolfen  
Rathausplatz 1  
06766 Bitterfeld-Wolfen  
Tel.: (03494) 6660 0  
Fax: (03494) 6660 111  
**Internet:** [www.bitterfeld-wolfen.de](http://www.bitterfeld-wolfen.de)

**Pressestelle:**  
Pressesprecherin Katrin Kuhnt  
Stadt Bitterfeld-Wolfen  
Tel.: (03494) 6660 120  
Fax: (03494) 6660 9120  
**E-Mail:** [presse@bitterfeld-wolfen.de](mailto:presse@bitterfeld-wolfen.de)

**Sprechzeiten:**  
Montag: 9-12 und 13-16 Uhr  
Dienstag: 9-12 und 13-18 Uhr  
Mittwoch: geschlossen  
Donnerstag: 9-12 und 13-18 Uhr  
Freitag: 9-12 Uhr

*Wir haben den Bogen raus.*



Auch der Landkreis hat den Kommunen in der Ansprache an das Land zur Erstattung der Kitagebühren seine Unterstützung zugesichert. Die Eltern benötigen jetzt ein Zeichen und eine schnelle Lösung. Das Land ist gefordert unverzüglich zu agieren und Regeln festzusetzen. Die schriftliche Information des Sozial- und Gesundheitsministerium vom 19. März 2020 erfüllt diesen Anspruch nicht. Hier wird fahrlässig auf Eigeninitiative der Gemeinden abgestellt und deren Handeln begrüßt und gleichzeitig auf die fehlende Rechtsgrundlage für Landeserstattungen verwiesen.

Es ist festzustellen, dass auch für die Gemeinden eine Rechtsgrundlage für den Erlass oder die Stundung der Elternbeiträge fehlt. Maßgebend ist der Betreuungsvertrag, dessen Umsetzung durch den Erlass des Landes unmöglich gemacht wurde. Insofern ist das Land nun gefordert, hierfür einzutreten.

Die finanzielle Notlage auf Grund von unbezahlter Freistellung, Kurzarbeit und drohendem Arbeitsplatzverlust vieler Familien im Land braucht genauso eine Unterstützung wie sie Unternehmen erhalten sollen. Ein solches Signal brauchen die Gemeinden ebenfalls. Schon jetzt sehen sich die Kommunen einer täglich wachsenden Zahl von Anträgen auf Aussetzung von Gewerbesteuerzahlungen gegenüber. Klar ist schon heute, dass auf die Kommunen massive Steuerausfälle zukommen. Insofern ist die vom Sozialministerium geforderte weitere Vorausleistung der Kommunen nicht die angemessene Antwort.

Die Oberbürgermeister und Bürgermeister des Landkreises Anhalt-Bitterfeld sind sich einig, dass die betroffenen Familien in einer schwierigen Situation sind und Unterstützung benötigen. Gerade deshalb drängen sie auf eine Lösung durch das Land, die dem Rechnung trägt und nicht auf später vertröstet.

„Wir wollen gemeinsam eine schnellstmögliche Klärung herbeiführen und werden alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um auf Landesebene schnellstmöglich eine verbindliche Entscheidung über das weitere Schicksal der Elternbeiträge herbeizuführen. Diese muss die Interessen der Eltern ebenso berücksichtigen, wie die Interessen der kommunalen und freien Einrichtungsträger“, betont Oberbürgermeister Armin Schenk.

Die Stadt Bitterfeld-Wolfen wird zu gegebener Zeit über das Ergebnis dieses Entscheidungsprozesses informieren.